



Benny Wünschmann

**Rechtsschutz und Bestandsschutz bei
fehlerhaften Kapitalmaßnahmen und
Unternehmensverträgen im Aktienrecht**

Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis XXI

Abkürzungsverzeichnis LXXXV

1. Kapitel: Einführung.....	1
§ 1 Fehlerquellen und ihre Rechtsfolgen für den Bestand der Strukturänderung	6
A. Fehlerquellen	6
B. Zur Unwirksamkeit der Strukturmaßnahme führende Fehler.....	6
I. Nichtigkeitsbegründende Vertragsmängel bei Unternehmensverträgen	9
II. Unwirksamkeit der Strukturmaßnahme aufgrund fehlerhaften Hauptversammlungsbeschlusses	9
III. Auswirkungen nichtiger Zeichnungs- oder Bezugserklärungen	10
§ 2 Die Rechtsstellung des Aktionärs und verfassungsrechtliche Einwirkungen auf die Ausgestaltung des (Aktien-)Gesellschaftsrechts	10
A. Einleitung.....	10
B. Das Aktieneigentum als Bestandteil der Eigentumsfreiheit im Sinne des Art. 14 GG.....	12
I. Erklärungsmodelle der Aktionärsstellung.....	12
II. Grundlegende Gedanken zur Dogmatik des Eigentumsgrundrechts	15
III. Zur Diskussion um die Ausgestaltung des Aktieneigentums	19
IV. Leitlinien für die staatliche Ausgestaltung des Anteilseigentums	21
1.) Die Aktiengesellschaft als Form kollektiver Vermögensnutzung und das Postulat der Folgerichtigkeit der Gesetzgebung.....	21
2.) Elemente einer folgerichtigen Gesetzgebung.....	25
a) Folgerungen für die aktien- bzw. gesellschaftsrechtliche Organisationsverfassung.....	25
b) Folgerungen für das Verhältnis der Aktionäre untereinander	29
c) Zusammenfassung.....	30

3.)	Ausgestaltung als kollisionslösendes Recht.....	33
C.	Schlussfolgerungen für den Fortgang der Untersuchung.....	42
I.	Konkrete Grenzen einer vermögensschutzbezogenen Konzeption – die Beteiligungshöhe als sachliches zutreffendes Referenzkriterium?	42
II.	Eckpunkte eines (absoluten) gesellschaftsrechtlichen Bestandsschutzes trotz ihrer Fehlerhaftigkeit	52
1.)	Grundsätzliche Gedanken und Würdigung des Squeeze-Out-Beschlusses	52
2.)	Pauschale Reduktion des Aktionärsschutzes auf die Vermögensinteressen bei Unternehmensverträgen und Kapitalmaßnahmen?	55
III.	Schlussfolgerungen für das Rechtsschutzsystem bei fehlerhaften Beschlüssen der Hauptversammlung.....	56
1.)	Ausstrahlungswirkung der Kriterien der materiellen Beschlusskontrolle	58
a)	Konkretisierung des unangemessen niedrigen Ausgabebetrags bei § 255 Abs. 2 AktG	58
b)	Bestimmung der angemessenen Gegenleistung bei Unternehmensverträgen nach § 292 AktG?.....	60
2.)	Sachliche Begrenzungen des Anfechtungsrechts	62
3.)	Folgerungen für die Behandlung von Verfahrensfehlern	64
a)	Bestätigung der Relevanzlehre	64
b)	Sachliche Rechtfertigung des Anfechtungsausschlusses nach § 243 Abs. 4 S. 2 AktG	68
IV.	Grundlagenzuständigkeit und genehmigtes Kapital als eigenständiges Rechtsinstitut	70
2.	Kapitel: Bestandsschutz fehlerhafter Kapitalmaßnahmen und Unternehmensverträge – 3-Säulen-Modell.....	75
§ 1	Heilungsmöglichkeiten (Säule 1).....	76
A.	Begriffsbestimmung und relevante Heilungstatbestände.....	76
B.	Analoge Anwendung von § 185 Abs. 3 AktG bzw. § 198 Abs. 3 AktG.....	79
C.	Analoge Anwendung des § 242 Abs. 2 AktG	81
I.	Bei Unwirksamkeitsgründen.....	81
II.	Auf den Unternehmensvertrag	84
1.)	Bei reinen Vertragsmängeln?	85
2.)	Bei Doppelmängeln.....	87
a)	Vergleichbare Interessenlage	90
b)	Eigenständige Bedeutung des Unternehmensvertrags?	90

aa)	Der Beschluss als Kern der Strukturänderung	91
bb)	Begründung einer eigenständigen Bedeutung aus den gesetzlichen Beendigungsmöglichkeiten?	91
cc)	Die Notwendigkeit der eigenständigen Bedeutung des Vertrags aus Sicht des Vertragspartners	95
D.	Das die Heilung flankierende Rechtsschutzsystem	97
I.	Reichweite der Amtslöschungsbefugnis und Restitutionsansprüche	97
II.	Haftungsansprüche gegen den Vorstand	103
E.	Fazit und (verfassungsrechtliche) Würdigung der Heilungsmöglichkeiten als Instrumente des Bestandsschutzes.....	106
§ 2	Einschränkung der Nichtigkeitsfolge durch Übertragung der Grundsätze der Lehre vom fehlerhaften Verband (Säule 2).....	107
A.	Einleitung	107
B.	Präzisierende methodische Vorbemerkungen	110
C.	Offene Fragen	116
I.	Kapitalmaßnahmen	116
1.)	Kapitalerhöhungen.....	116
a)	Unanwendbarkeit der Grundsätze der Lehre vom fehlerhaften Verband für fehlerhafte Kapitalerhöhungen aus Gesellschaftsmitteln?	116
aa)	Grundsätzliche Versagung des Bestandsschutzes	116
bb)	Ausnahmsweise Anerkennung eines Bestandsschutzes?.....	118
b)	Besonderheiten beim bedingten und genehmigten Kapital?.....	121
2.)	Kapitalherabsetzungen	122
II.	Unternehmensverträge.....	124
1.)	Gewinnabführungsverträge	125
2.)	Unternehmensverträge nach § 292 AktG.....	130
a)	Gewinngemeinschaft.....	135
b)	Teilgewinnabführungsverträge	137
c)	Betriebspacht-, Betriebsüberlassungs- und Betriebsführungsverträge	140
aa)	Einführung	140
bb)	Die Nutzbarmachung der Lehre faktischen Organ	142

cc)	Die §§ 311 ff. AktG als sachgerechte Regularien in Abhängigkeitsverhältnissen?	145
aaa)	Hinreichender Schutz der abhängigen Gesellschaft bei typischen Vertragsgestaltungen?	145
bbb)	Unangemessene Benachteiligung des herrschenden Unternehmens?.....	148
dd)	Das Verhältnis zwischen der Lehre vom faktischen Organ und der Lehre vom fehlerhaften Verband.....	150
III.	Ergebnisse	151
D.	Voraussetzungen und Grenzen	152
I.	Legitimationskraft der fehlerhaften Mehrheitsentscheidung	153
II.	Unanwendbarkeit der Lehre vom fehlerhaften Verband bei fehlendem oder nichtigem Hauptversammlungsbeschluss bei Mehrgliedrigkeit?	154
III.	Handelsregistereintragung und Vollzug	159
1.)	Kapitalmaßnahmen.....	161
2.)	Unternehmensverträge	162
a)	Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge.....	162
b)	Sonstige Unternehmensverträge.....	168
IV.	Anwendungsgrenzen zugunsten schutzwürdiger Interessen der Allgemeinheit oder Individualbelange?	170
1.)	Grundsatz der vorbehaltlosen Geltung der Lehre vom fehlerhaften Verband.....	170
2.)	Das Problem eines fehlenden Ausgleichs nach § 304 Abs. 3 S. 1 AktG.....	173
E.	Sonderproblem: Die unangemessene Kompensation bei Unternehmensverträgen nach § 292 AktG.....	176
I.	Problemstellung und Übersicht über Meinungsstände	176
1.)	Das Problem der Rechtsfolgenbestimmung eines Verstoßes gegen die Regelungen zur Kapitalerhaltung	178
2.)	Unternehmensvertragliche Besonderheiten	179
a)	§ 292 Abs. 3 AktG und das Verhältnis zwischen Beschlussmängelrecht und Kapitalerhaltung	180
b)	Spezielle oder verdrängende Vorschriften in Abhängigkeitsverhältnissen.....	182
II.	Stellungnahme	183
1.)	§ 62 AktG als Ausdruck einer Wertausgleichshaftung	184
2.)	Zum Verhältnis der §§ 57 ff. AktG zu den §§ 311 ff. AktG	190

III. Verhältnis der Wertausgleichshaftung zur Lehre vom fehlerhaften Verband und Ergebnis.....	190
F. Zu Diskussionsfeldern bei der Abwicklung ex nunc	192
I. Einführung.....	192
II. Kapitalmaßnahmen	193
1.) Kapitalerhöhungen.....	193
a) Modalitäten des Erlöschens.....	193
b) Zur Abfindungsproblematik.....	198
aa) Grundsatz der Barabfindung zum vollen Anteilswert	198
bb) Ersetzungsbefugnis	204
c) Gläubigerschutz	206
d) Schadensersatzansprüche	210
aa) Zugunsten der Zeichner bzw. Inhaber der ex nunc nichtigen Aktien	210
bb) Zugunsten der Altaktionäre.....	215
2.) Kapitalherabsetzungen	216
III. Unternehmensverträge.....	218
1.) Kündigungserfordernis	219
2.) Kündigungserzwingung durch Aktionäre.....	221
3.) Kein Wiederaufnahmeanspruch ausgeschiedener Aktionäre bei Unternehmensverträgen nach § 291 AktG	222
4.) (Sonstige) Schadensersatzansprüche	222
IV. Ausnahmsweise keine Rückabwicklung ex nunc zugunsten der Irreversibilität?	225
1.) Meinungsstand.....	225
2.) Stellungnahme	225
V. Reparaturmöglichkeiten	228
G. Zusammenfassung und Fazit	230
§ 3 Die bestandssichernde Eintragung aufgrund einer Freigabe nach § 246a AktG (Säule 3).....	232
A. Bestandsschutz gemäß § 246a AktG	234
I. Wortlaut, Systematik und Gesetzesmaterialien	234
II. Teleologie	236
III. Zwischenergebnis.....	238
IV. Zeitpunkt der Irreversibilitätswirkung.....	238
V. Irreversibilität nur aufgrund ausdrücklicher Anordnung des freigebenden OLG?.....	242
1.) Meinungsstand.....	242
2.) Stellungnahme	243

B.	Dogmatische Einordnung des § 246a AktG.....	246
I.	In verfahrensrechtlicher Hinsicht.....	247
1.)	Einleitung	247
2.)	Einordnung in das System des einstweiligen bzw. vorläufigen Rechtsschutzes.....	248
a)	Das Problem der Vorwegnahme der Hauptsache	248
b)	Plädoyer für die Einordnung in eine (weitere) Kategorie des Eilrechtsschutzes	250
II.	In materiell-rechtlicher Hinsicht	252
1.)	Keine gesetzliche Ausprägung der Lehre vom fehlerhaften Verband	252
2.)	Keine Heilung	253
3.)	Ergebnis: Bestandsschutz eigener Art.....	257
C.	Anwendungsbereich.....	257
I.	Überblick über Rechtsanwendungsprobleme	257
II.	Konkretisierung in beschlussrechtlicher Hinsicht	258
1.)	Erstreckung auf Unwirksamkeits(feststellungs-)klagen	258
2.)	Anwendbarkeit auf unternehmensvertragliche Zustimmungsbeschlüsse nach § 293 Abs. 2 AktG	263
a)	Problemstellung	263
b)	Lösungsvorschlag.....	265
c)	Verbleibende Problemfelder.....	267
3.)	Anwendbarkeit auf Sonderbeschlüsse	268
4.)	Fazit	270
III.	Konkretisierung der vom Tatbestand erfassten Maßnahmen	271
1.)	Unanwendbarkeit bei der Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln?.....	271
2.)	Anwendbarkeit auf Beschlüsse nach § 221 Abs. 1, 3 AktG.....	272
3.)	Der Begriff des Unternehmensvertrags.....	273
IV.	Anwendbarkeit auf bereits eingetragene Rechtsakte?	274
V.	Grenzen der Rechtskraft ablehnender Freigabebeschlüsse	277
D.	Rechtsfolgen einer Freigabe nach § 246a AktG	281
I.	Überblick	281
II.	Konkretisierung der Reichweite der durch § 246a AktG vermittelten Bestandskraft.....	287
1.)	Reichweite der Bindungswirkung des Registergerichts nach § 246a Abs. 3 S. 5 Hs. 1 AktG	287
2.)	Gegenständliche Reichweite der Bestandssicherung.....	288
a)	Prüfungsbezogene Begrenzung der Reichweite?.....	288

aa)	Die Problematik um den Streitgegenstand der Anfechtungs- und Nichtigkeitsklage	289
bb)	Mögliche Einwände	292
aaa)	Widerspruch zum Sinn und Zweck des Freigabeverfahrens?	292
bbb)	Norm- und gesetzssystematische Unstimmigkeiten?	293
ccc)	Fazit und Auflösung der Bedenken.....	294
cc)	Ergebnis und Präzisierung der registergerichtlichen Bindungswirkung	297
b)	Erfassung sämtlicher Mängel?.....	299
aa)	Erstreckung auf reine Vertragsfehler?.....	299
bb)	Behandlung von (inhaltlichen) Doppelmängeln	301
c)	Ergebnisse	305
3.)	Teleologische Reduktion der Irreversibilitätsanordnung?	306
a)	Keine Einschränkung des sachlichen Anwendungsbereichs	307
b)	Einschränkung in zeitlicher Hinsicht?	309
c)	Partielle teleologische Reduktion von § 246a Abs. 3 S. 5 Hs. 2 AktG?	312
d)	Ergebnis.....	313
E.	Das flankierende Rechtsschutzsystem	314
I.	Einleitung.....	314
II.	Schutzinstrumentarien außerhalb des § 246a Abs. 4 AktG.....	317
1.)	Möglichkeiten der Inanspruchnahme des Vorstands wegen eines Gesellschaftsschadens	317
a)	Verantwortlichkeit trotz Freigabe.....	317
aa)	Allgemeine Vorstandspflichten und Vorstandshaftung im Kontext der Beschlusskontrolle und Beschlussausführung.....	317
bb)	Modifikation und Anwendung dieser Grundsätze im Kontext des Freigabeverfahrens nach § 246a AktG	319
b)	Weitere Anknüpfungsmöglichkeiten für eine Haftung des Vorstands	322
c)	Haftungsdurchsetzung – Verhältnis zu § 246a Abs. 4 AktG	323
2.)	Ansprüche gemäß § 117 AktG	325
3.)	Ansprüche aus der Treuepflicht	326

a)	Schadensersatzansprüche gegen die beschlussfassende Mehrheit?.....	326
b)	Restitutionsansprüche; insbesondere treuepflichtbedingte Korrekturpflichten?.....	327
4.)	Sonstige vermögensrechtliche Schutzinstrumentarien	333
a)	Differenzhaftung im Falle des § 255 Abs. 2 AktG analog bei Sachkapitalerhöhungen oder gemischten Bar- und Sachkapitalerhöhungen?	333
b)	Anpassungs- und Ausgleichsansprüche bei unangemessenen Gegenleistungen im Rahmen des § 292 AktG?.....	334
aa)	Anwendung der Kapitalerhaltungsvorschriften trotz freigabebedingter Bestandssicherung	334
bb)	Zur Bedeutung des Zustimmungsbeschlusses	335
cc)	Ergebnis und zeitliche Reichweite.....	338
5.)	Fazit	340
III.	Der individuelle Schadensersatzanspruch gemäß § 246a Abs. 4 AktG	341
1.)	Dogmatischer Geltungsgrund	341
2.)	Personeller Anwendungsbereich.....	345
3.)	Inhalt des Schadensersatzanspruchs.....	347
a)	Allgemeines	347
b)	Zur Problematik um die Ersatzfähigkeit von Entwertungsschäden	349
aa)	Grundsätzliches	349
bb)	Der Verwässerungsschaden im Falle des § 255 Abs. 2 AktG als Entwertungsschaden?.....	351
cc)	Verfolgungsrechts bezüglich behebbarer Gesellschaftsschäden	355
F.	Zusammenfassende Würdigung.....	357
I.	Allgemeine Würdigung – Die Komplexität und Kompliziertheit der Rechtsfolgen	357
II.	Bestätigung von Schutz- und Legitimationsdefiziten?.....	359
1.)	Schutz von Drittinteressen und öffentlichen Belangen	359
2.)	Verfassungsrechtliche Bewertung des flankierenden Rechtsschutzsystems	359
a)	Effektiver Vermögensschutz?	360
b)	Effektiver herrschaftsrechtlicher Schutz?.....	363
c)	Folgerungen	364

III.	Weitere teleologische Reduktion der absoluten Bestandskraft im Einzelfall?	365
G.	Die Voraussetzungen einer Freigabe nach § 246a AktG.....	367
I.	Unzulässigkeit der Klage.....	368
II.	Offensichtliche Unbegründetheit der Klage.....	369
1.)	Meinungsstand.....	369
2.)	Stellungnahme	371
a)	Kursorische versus umfassende Rechtsprüfung	372
b)	Zweifelsfreiheit oder hohe Sicherheit der Unbegründetheit?	374
c)	Entscheidungsgrundlage.....	375
III.	Bagatellschwelle.....	379
1.)	Zur Auslegung und zum konzeptionellen Hintergrund	379
2.)	Rechtspolitische und rechtsdogmatische Würdigung	381
a)	Überblick über (mögliche) konzeptionelle Defizite der Regelung.....	381
b)	Unzureichender Missbrauchsschutz	382
c)	Unzureichende verfahrensrechtliche Absicherung des Vermögensschutzes	385
d)	Institutionelle Defizite?	387
e)	Folgerung.....	389
3.)	Erstreckung auf Nebenintervenienten	389
IV.	Interessenabwägung	390
1.)	Überblick über die bisherige Rechtslage und Diskussionsfelder.....	390
2.)	Klarstellung durch das ARUG und verbleibende Auslegungsschwierigkeiten	393
3.)	Zur Auslegung des § 246a Abs. 2 Nr. 3 AktG	394
a)	Das Verhältnis von Interessenabwägung im engeren Sinne und Ausschlussstatbestand.....	394
b)	Berücksichtigung der Erfolgsaussichten der Klage?	395
c)	Interessenabwägung	400
aa)	Abstrakter Abwägungsmaßstab.....	400
bb)	Geheimhaltungsschutz	402
cc)	Bestimmung der Nachteilsschwelle?	404
d)	Besondere Schwere des Rechtsverstoßes	410
aa)	Bestimmungskriterien	410
aaa)	Gesetzgeberischer Wille und herrschende Auffassung.....	412
bbb)	Würdigung	414

ccc)	Präzisierung der maßgebenden Parameter	415
ddd)	Möglichkeit der Erteilung von Auflagen?	419
eee)	Umgang mit bestätigungsfähigen Beschlüssen	421
bb)	Fallgruppen	425
aaa)	Missbrauch wirtschaftlicher Macht	425
bbb)	Hinreichender und unzureichender Vermögensschutz	426
	(1) Unternehmensverträge nach § 291 AktG.....	426
	(2) Unternehmensverträge nach § 292 AktG	428
	(3) Kapitalerhöhungen.....	430
	(4) Kapitalherabsetzungen	431
ccc)	Verletzung im öffentlichen Interesse stehender Normen.....	434
ddd)	(Einzel-)Fälle eines (nicht) hinreichend gewährleisteten herrschaftsrechtlichen Schutzes	434
eee)	Keine Abschichtung nach (Art und) Umfang des Rechtsverstößes	436
cc)	Nach Art und Umfang im Einzelfall schwere Verstöße	438
aaa)	Ausgangsproblem: Das Verhältnis von Relevanzlehre und Freigabeverfahren	438
bbb)	Grundsätzliche Überlegungen zur Bestimmung eines besonders schweren Verfahrensfehlers.....	440
ccc)	Entfaltung der grundlegenden Überlegungen.....	442
ddd)	Fortschreibung der Zurückdrängung des herrschaftsrechtlichen Schutzes bei Informationsmängeln	445
H.	Zusammenfassung.....	448
I.	Schwächen der verfahrensrechtlichen Einkleidung materieller Veränderungen des Beschlussmängelrechts.....	448
II.	Materielle Defizite des Bagatellquorums und der Interessenabwägung	451
§ 4	Rechts- und Bestandsschutz beim genehmigten Kapital.....	452
A.	Zum Diskussionsstand	453
B.	Stellungnahme.....	457
I.	Grundlegende Überlegungen.....	457

II. Bewertung des flankierenden Rechtsschutzprogramms	460
III. Konsequenzen	463
1.) Durchschlagskraft der fehlerhaften Ausnutzungsentscheidung im Außenverhältnis	463
2.) Analoge Anwendung des Freigabeverfahrens nach § 246a AktG?	465
C. Flankierende Überlegungen zur Rechtslage bei Finanzierungsinstrumenten im Sinne des § 221 AktG.....	467
§ 5 Zu den Wechselbeziehungen der drei Säulen des Bestandsschutzes	469
A. Ineinandergreifen von Heilung, Lehre vom fehlerhaften Organisationsakt und Freigabeverfahren nach § 246a AktG.....	470
B. Unanwendbarkeit der Grundsätze der Lehre vom fehlerhaften Verband bei Nichtdurchführung des Freigabeverfahrens?	472
C. Heilung nach Freigabe?.....	473
 3. Kapitel: 3. Kapitel: Schlussbetrachtung.....	477
§ 1 Abschließende Bewertung der lex lata	477
§ 2 Reformüberlegungen de lege ferenda	479
A. Überblick über den Diskussionsstand	479
B. Stellungnahme.....	481
I. Leitlinien	481
II. Revision der Folgen von Beschlussmängelklagen und Ausweitung des Anfechtungsausschlusses zugunsten des Spruchverfahrens	482
III. Verfahrensrechtliche Effektivierung des Freigabe- und Beschlussmängelprozesses	485
IV. Umkehrung der Antragslast	486
V. Gezielte Missbrauchsbekämpfung	487
§ 3 Zusammenfassung und Ausblick.....	488